

## **Storno des Ostsee-Pipeline-Projekts – ein fälliger Entschluss**

# **Pack die Badehose ein**

*Fritz W. Peter, d. 25.11.08*

### Enthaltene Themen:

- > Die simple Denke des größten deutschen Familienunternehmers
- > Der korrigierbare Irrtum des Geisterbahnprojekts Ostsee-Pipeline
- > Die Verbindung dieser Themen ergibt sich hier aus Äußerungen des betreffenden Unternehmers im „Wirtschaftswoche“-Interview
- > Im Fokus der hier vorgelegten Argumentation steht das unsägliche Ostsee-Pipeline-Projekt

## **Abgrundtief falsche Argumente für die Ostsee-Pipeline: Wie aus einer Misstrauens-Trasse ein Vertrauensprojekt werden könnte**

Die „Wirtschaftswoche“ druckte am 6.10.08 ein Interview mit einem der bedeutenden deutschen Familienunternehmer, Inhaber des rheinischen Anlagenbauers SMS Demag, ab, das man sich als Leser auf der Zunge zergehen lassen sollte. Es wird im Urteil des Interviewten, Heinrich Weiss, eine gnadenlos vulgäre Sicht der Dinge deutlich, die für notwendige Differenzierungen offenbar weder bereit ist noch dazu überhaupt in der Lage zu sein scheint – beschämenderweise!

Das Interview gibt Gelegenheit, auf das Thema der Ostsee-Pipeline einzugehen. Es ist nicht zu spät, das Thema nochmals aufzugreifen. Die folgende inhaltliche Argumentation zielt dabei auf eine öffnende Formel, die das Projekt heraushebt aus dem Dilemma einer „Misstrauens-Trasse“ zugunsten eines russisch-europäischen Vertrauensprojekts.

Aber der Reihe nach! „90 Prozent erwirtschaften wir im Ausland, vor allem in Russland, Indien und China“, erläutert uns Heinrich Weiss seine weltumspannenden Aktivitäten. „Unserem Präsidialrat gehören zwölf deutsche und zwölf russische Unternehmer an. Zum ersten Mal wird dieser Präsidialrat im November tagen und die Situation weiter analysieren. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass deutsche Unternehmen in Russland investieren und umgekehrt.“

Das klingt nach Partnerschaft und Schlagkraft, die auch notwendig sein wird in einem schwierigen, von Rechtsunsicherheit gekennzeichneten, unverändert korrupten russischen Markt. Eine Tendenz besteht sogar dahingehend, dass wegen der offenen und verdeckten Pressionen der russischen Staatsbürokratie und insbesondere des Geheimdienst-Regimes im Kreml die Korruption noch um ein Vielfaches effektiver ist als im Jahrzehnt zuvor.

„Wenn Sie sich die deutsche Russland-Politik ansehen, sind Sie eher auf der Seite von Kanzlerin Merkel mit ihrem kritischen Russland-Kurs oder auf der Gerhard Schröders, der Putin einen lupenreinen Demokraten nannte“, wird Heinrich Weiss von seinen zwei Interviewpartnern, Roland Tichy und Andreas Wildhagen, gefragt. Heinrich Weiss ist ganz bei Schröder, aber er gibt zur Antwort: „In der Mitte!“ Es klingt wohl respektabler, zumindest einen Anklang kritischer Distanz zu signalisieren, wenn es auch bei ihm – ganz wie bei Schröder – an solcher Neigung fehlt.

## **Heinrich Weiss – Vereinfacher und schrecklicher Ausblender**

Es fehlt ihm offenbar jede kritische Distanzierung von seinem Investitionsinteresse, alle Argumente werden im Sinne Russlands zurechtgebogen. Die Abschaffung der Demokratie in Russland

kommentiert er mit der üblichen Sprechblase: „Die Russen haben ein anderes Demokratieverständnis.“ So kann man es auch umschreiben, dass Rechtlosigkeit und Mediengleichschaltung herrscht, also in den bald zehn Jahren unter Putin die Demokratie zielstrebig abgewickelt wurde und dieser Prozess obendrein auch noch bezeichnenderweise seit einigen Jahren durch ungenierten Stalin-Kult flankiert wird.

Perestroika wird im Anschlusskommentar von Heinrich Weiss infamerweise nur mit „Anarchie“ identifiziert, Glasnost findet gar keine Erwähnung, obwohl es hier doch um die entscheidenden zwei Vorgänge und Begriffe des damaligen gesellschaftlichen Aufbruchs zur Transformation der (nicht mehr funktions- und lebensfähigen) Sowjetunion ging: „Umstrukturierung“ und „Transparenz“.

Entgegen den Ansichten der Kreml-Führung wird es auch nur mit langfristigem Aufwand möglich sein, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Take off“ in eine moderne diversifizierte, sich selbst tragende Wirtschaft zu schaffen. Die fehlende Dynamik der Investitionen selbst im Öl- und Gassektor spricht Bände. Die sichtbare Rückkehr zum Schwerpunkt Rüstungsverkäufe (an Hugo Chávez und andere Diktatoren der Dritten Welt) ist fast schon ein Offenbarungseid für die mangelnde Fähigkeit der russischen Gesellschaft, konstruktive Investitionsperspektiven zu finden.

Heinrich Weiss hat im großen russischen Markt einfach und unkritisch sein ausschließliches Investitionsinteresse im Blick – darüber hinaus wird man seinen Kommentaren, wie man leider sagen muss, jedoch die Stichhaltigkeit absprechen müssen; sie wirken fast schon politisch desorientiert, aber sind freilich für das nackte, lukrative Geschäft sehr wohl dienlich.

Der Leser wird nachfolgend um Geduld gebeten, dass die referierten Ansichten von Herrn Weiss noch durch einige Anmerkungen ergänzt werden, bevor auf das Thema der Ostsee-Pipeline zurückgekommen werden soll; denn was seinen Standpunkt so außerordentlich einseitig markiert, könnte hier als Beispielfall (im Zusammenhang des Themas Ostsee-Pipeline) kaum anschaulicher, sinnfälliger und dienlicher für das Verständnis des Lesers dargestellt werden.

## **Weiss: Beispiel einer konsequent interessengeleiteten, jedoch schlichten Urteilskompetenz**

Im „Wirtschaftswoche“-Interview werden weitere Ansichten und Haltungen von Herrn Weiss deutlich, die aber das gewonnene Bild leider nicht korrigieren können und hier für den Leser festgehalten werden sollen. Übergehen möchte ich allerdings seine abstrusen Ansichten zur Kaukasus-Krise, die im weiteren Interview-Verlauf angesprochen sind. Hier geht es ihm nur um vordergründige Emotionalisierung – mutwillig werden die Fakten durcheinander gebracht im Sinne einseitiger Parteinahme.

Festzuhalten ist jedoch die geäußerte Ansicht, die Heinrich Weiss unter allgemeiner Bezugnahme auf die Kaukasus-Krise ausspricht: „Ich habe volles Verständnis, wenn die Russen sagen, wir wollen um uns herum eine Pufferzone von Ländern haben, die blockfrei sind.“ Es ist die sowjetische Terminologie, der sich Heinrich Weiss noch nach zwanzig Jahren bedient: „blockfrei“!

Ja, und wer gibt nach internationalem Recht – NACH VÖLLIG UNSTREITIGEM VÖLKERRECHT – dem Kreml einen von ihm penetrant und gebetsmühlenartig vorgetragenen Anspruch auf eine „Pufferzone“? Sollen die Nachbarstaaten Russlands denn nicht frei bestimmen können, welche Gesellschaft und welche Regierung, welche Außenbeziehungen und welche Binnenverhältnisse sie präferieren und etablieren? Welch eine Zumutung an die Adresse dieser Länder! Und welche extreme Gedankenlosigkeit, die Heinrich Weiss und andere, die so denken, sich hier leisten!

Muss es erst wieder bewaffnete Auseinandersetzungen, Krieg, Zerstörung geben, um solche Fragen zu klären? Kurzum, der Standpunkt von Heinrich Weiss ist ein völlig unreflektierter!

Putin lieferte gerade ein Beispiel, wo es hinführen kann, wenn man maßlose Anspruchshaltungen entwickelt: Dem georgischen Staat in seiner westlichen Ausrichtung wünscht er – erklärtermaßen – den Garaus, die Regierung Saakaschwili würde er mit vollständiger, ausgelebter Willkür und mit beliebigen frisierten „Begründungen“

stürzen, wenn er es nur könnte, und für die Person des Präsidenten Saakaschwili selbst schwelt in Putin nur noch ein kaum drastischer ausdrückbarer, kaum noch weiter zuzuspitzender, unkontrollierter Hassgedanke: „An den Eiern aufhängen!“

Es kann nicht beruhigen, dass Putin zu solchen Ausdrucksformen neigt – sie bergen erhebliche reale Gefahr durch unkontrollierten Hass!

### **Der Ton des Kreml: „An den Eiern aufhängen!“ Wollen wir diesen ekelhaften Ton und Inhalt in Europa? Warum sagt niemand etwas?**

Im „Wirtschaftswoche“-Interview mit Heinrich Weiss schließt sich nun das Thema Ostsee-Pipeline an. Erneut müssen bei diesem Thema die Respektlosigkeit und die eingeschränkte Urteilskompetenz erschrecken, mit der Heinrich Weiss kommentiert. Von seinen Interview-Partnern wird er gefragt: „Haben Sie nicht Verständnis für die Besorgnisse der Polen ...?“ Immerhin soll das Projekt ja gezielt Polen und die Baltenstaaten von jedem Einfluss ausschließen. Nein, Verständnis zeigt Heinrich Weiss keines, umso ungehemmter jedoch für die russischen Interessen! Seine ebenso eindeutige wie prompte Antwort, mit der er die polnische Seite rüffelt: „Man muss sich von tagespolitischen Aufregungen wegbewegen.“

Mit dem Ostsee-Pipeline-Projekt werden unabänderlich auf Jahrzehnte hinaus Fakten geschaffen, aber Heinrich Weiss bezeichnet dies nur als „tagespolitische Aufregung“! Kann man es falscher darstellen? Ja, man kann es noch „toppen“! Denn dem zitierten Vorsatz, man müsse „sich von tagespolitischen Aufregungen wegbewegen“, schließt sich unmittelbar (nahtlos) seine Aussage an: „Polen wird in Zukunft auch eine unvoreingenommene Haltung gegenüber Russland einnehmen, auch wenn es noch ein gebranntes Kind ist.“

Achtloser, läppischer kann man es nicht formulieren! Stalin (vorher der Auslöschungsversuchs Polens durch Stalin und Hitler – und dies war bekanntlich nicht die erste Vergewaltigung des Landes) hatte Polen mit brutaler Willkür zurecht geschnitten – das soll nun alles

ganz plötzlich vergessen sein! Heinrich Weiss befindet, dass die polnische nationale Erfahrung vergessen sein sollte – zugunsten ausschließlich russisch-rheinischer Investitionspräferenzen!

Polen zählt nicht – und hat sich stattdessen möglichst klaglos und bedingungslos anzupassen! Mit einem Federstrich wird das Thema Polen vom rheinischen Unternehmer Heinrich Weiss abgehakt. Ihm fällt offenbar gar nicht auf, dass Polen im Unterschied zu Russland Teil der Europäischen Union ist. Es besteht insofern zu unserem eigenen Land absolut kein Unterschied in den Ansprüchen und Möglichkeiten. Polen und Deutschland sind gleichberechtigte und gleichverpflichtete Länder. Unsere deutsche und innereuropäische Solidarität gilt also zunächst dem EU-Partner Polen.

Es kommt hinzu: Wachsendes Verständnis sowie intensive Koordination auf den innereuropäischen Ebenen sind nicht nur „Selbstzweck“ im Sinne einer fortschreitenden europäischen Integration. Vielmehr dürfte klar sein, dass die EU an Stärke dazugewinnen muss, will sie ihren selbst gestellten Ansprüchen gerecht werden, sprich ihren notwendigen gestaltenden Beitrag in der Welt zu leisten, ihren internationalen Verpflichtungen entsprechen.

Es bleibt also nur ein Kopfschütteln, wenn es bei Heinrich Weiss heißt, dass von Polen einseitig „eine unvoreingenommene gegenüber Russland einzunehmen“ sei. Eine abschätzigere Formulierung lässt sich wohl nicht denken! Nach Heinrich Weiss hat offenbar Polen ein minderes Recht, seine Interessen einzubringen.

### **Der Ton des Herrn Weiss: So unreflektiert wie unangemessen!**

Bezeichnend ist auch die verniedlichende Formulierung „gebranntes Kind“! Ganz unwillkürlich könnte man auf den Gedanken kommen, den Polen solle „erwachsenes“ Verhalten einerseits abgesprochen, andererseits beigebracht werden. Welch eine Anmaßung von deutscher Seite, die Heinrich Weiss hier zeigt! Denn wer wollte behaupten, dass von unserer Seite in der Vergangenheit gegenüber

unserem Nachbarn Polen stets eine „erwachsene“ verantwortliche Haltung eingenommen worden sei!

Eine rücksichtslos unausgewogene Interessensicht, wie Heinrich Weiss sie im Interview dokumentiert, sollte keinen Platz haben in der auf enge Verständigung angewiesenen EU-Ländergemeinschaft. Um hier aber nicht missverstanden werden: Damit ist keineswegs die Frage nach möglichen florierenden Geschäften mit Russland berührt. Im Gegenteil! Der Einsatz für eine weitere, produktive Entwicklung der Geschäftsbeziehungen sollte allen Platz haben – das sollte nicht infrage stehen und bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Wo jedoch polnische, baltische, mittelosteuropäische, EU-Interessen tangiert sind, muss ebenso selbstverständlich ein Abwägungsprozess zum Zuge kommen. Den bleibt Heinrich Weiss ganz und gar schuldig!

In einem das deutsch-polnische Verhältnis in Vergangenheit und Gegenwart beleuchtenden, ausgewogenen Beitrag, betitelt „Nun endlich gute Nachbarn“ (DIE WELT, 10.11.08, S.7), verweist der polnische Intellektuelle Adam Krzeminski auf die Potenziale dieses Nachbarschaftsverhältnisses. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat ihm in gleichem Geist geantwortet (DIE WELT, 18.11.08, S.7) und insbesondere den regen, flexibel und fest institutionalisierten Austausch zwischen Bundestag und Seim gewürdigt.

Europäische Integrationsleistungen sind das „A und O“, zumal die Vertiefungsprozesse in der EU an vielen Stellen infrage stehen, unbefriedigend verlaufen oder nur vage Zukunftsentwürfe in geduldiger Papierform enthalten. Die Möglichkeit und Kraft, den europäischen Einigungsprozess fortzusetzen, sind aber ebenfalls gegeben! Inwieweit hingegen ein Abstimmungsprozess mit Russland möglich ist, muss sich erst angesichts der mutwilligen Machtpolitik des Kreml erweisen. Ein Land, das sich zum erkennbaren Schaden und Nachteil seiner gesellschaftlichen Entwicklung Machtpolitik des vergangenen und vorvergangenen Jahrhunderts leistet, hat jedenfalls ein massives Glaubwürdigkeitsproblem – und darüber hinaus hoffentlich auch ein Akzeptanzproblem mit uns Europäern!

## **Das Ostsee-Pipeline-Vorhaben: Ein ideologisches und daher nicht tragfähiges Projekt!**

Heinrich Weiss hat ein nüchternes Investitionsinteresse. In seinem Russlandbild kommt er gut ohne überhöhende Begriffe von einer „multipolaren Welt“ aus. Das war anders für Schröder zur Begründung seiner rot-grünen Politik und ist und bleibt anders für eine SPD, die immer schon die Neigung zur „Ost-Politik“ hatte. Warum ist dies erwähnenswert? Es erklärt die Schwierigkeiten der SPD, eine nüchtern-kritische Haltung gegenüber Russland und den verfehlten und maßlosen Ansprüchen des Kreml zu zeigen.

Eine klare Abgrenzung gegen den nur als destruktive Zumutung zu bezeichnenden Kurs des Kreml (innen- wie außenpolitisch) wird es von der SPD nicht geben: Man übergeht die Vorgänge kurzerhand oder nimmt sie kleinlaut hin – statt die Grenzen der Akzeptanz aufzuzeigen! In dieser Einstellung war auch ein Projekt wie die Ostsee-Pipeline sofort akzeptiert, obwohl die Umstände der Vertragsgestaltung peinlicher nicht sein konnten – für den noch amtierenden, doch schon abgewählten Kanzler, für die ihn tragende SPD und vor allem für das Ansehen der deutschen Politik! Das Verhalten – Schröders entwürdigender Schritt vom Kanzler zum Gasprom-Genossen – hinterließ in der EU (und auch weltweit) nur noch ungläubiges Kopfschütteln.

Es ist möglich und notwendig, das Projekt zu überprüfen. Sowohl politisch wie technisch-konstruktiv und unter Kosten- als auch Sicherheitsaspekten spricht nichts für eine Realisierung des Putin-Schröder-Schnellschusses! Mit den riesigen Investitionen würde bedenkenlos vor allem ein Milliardengrab geschaufelt, und der politische Preis in Richtung Polen, Baltenstaaten, Schweden, Mittelosteuropa insgesamt – wie auch des zwischengelagerten Osteuropa – wäre noch prohibitiver, noch unnötiger!

**Die Formel und der Weg für das Pipeline-Vorhaben sollten sein: „Von einer Misstrauens-Trasse zum akzeptierten russisch-europäischen Projekt!“**

Die Pipeline könnte auf dem Landweg – mit mehr Sicherheit, viel weniger Umweltrisiken und zu dauerhaft geringeren Kosten – durch das Baltikum und Polen geführt werden. Die Pipeline wäre dann auch ein akzeptiertes russisch-europäisches Projekt ohne Vorbehalte, das sich eindeutig zu dieser europäischen Qualität bekennen würde.

Europa hat Wichtigeres zu tun, als in unnötige, die Länder Europas spaltende Projekte zu investieren. Zu allem Überfluss ist das Pipeline-Vorhaben, wie oben dargelegt, ein wegen ideologischer Gründe verfolgtes Projekt – sowohl im Blick auf offenbar unausrottbare Präferenzen der SPD als auch wegen der kraftlosen Hinnahme der machtpolitischen Attitüden des Kreml. Die Grenze zur Anbiederei gegenüber Russland wurde jedenfalls nicht nur von Gerhard Schröder, im Amt und danach, überschritten! Auch im bürgerlichen Lager sind unangebrachte schwärmerische Töne bezüglich Russlands zahlreich anzutreffen.

Mit „multipolaren“, teils euphorischen Vorstellungen sucht die SPD, die großen autoritären Gesellschaften des Ostens – Russland und China – aufwertend zu qualifizieren. Nicht so sehr qualitativen Gesichtspunkten folgt man bei dieser Beurteilung, sondern schon der schieren Größe. Heinrich Weiss trifft also mit seinen unausgewogenen Ansichten auf ein teilweise ausgesprochen kongeniales Umfeld.

### **Pipeline-Projekt: Für Greifswald bietet sich keineswegs nur die Brückenkopflösung**

Eine optimale deutsch-russische Zusammenarbeit ist nicht auf eine exponierte Brückenkopflösung für Greifswald angewiesen. Eine Landführung der Trasse ist augenblicklich möglich; sie kann die benötigten Funktionen bereitstellen und sogar z.B. seewärtige, distributive Dienstleistungen mit einschließen – also in umgekehrter Richtung die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausschöpfen. Pommernland ist nicht abgebrannt, wenn das Konzept der Pipeline geändert wird, im Gegenteil, eine akzeptierte, entspannte Zusammenarbeit der Ostsee-Anrainer wird leichter.

Aus Sicht der Ostsee-Anrainer ist das Putin-Schrödersche Hinterzimmer-Projekt nichts anderes als ein brüskierendes

Querschläger-Projekt gegen ihre nationalen Interessen. Dass dies den Autoren des Projekts, Putin und seinem willigen Achsen-Partner Schröder, nichts ausmachte und beide es obendrein mit kaum versteckter Häme sahen, wie Balten, Polen, Ukrainer mit dem Ergebnis einer Ostsee-Pipeline würden leben müssen, wäre schon allein Grund genug zur Korrektur und Revision. Die Maßgabe sollte nun sein: Durchführung des Projekts als politisch und technisch effektive Lieferstrecke – sprich als landgeführte Verbindung. Das Ergebnis wäre ein russisch-europäisches und deutsch-russisches Projekt ohne Vorbehalte!

Sicher muss das Verständnis von Kreml-Seite dafür noch eingeworben werden, aber dazu besteht auch eine reale Chance: Die Machtheber im Kreml wurden durch Öl-Preisfall und Finanzkrise, die Russland eher schlimmer trafen und treffen als das internationale Umfeld (und zwar in buchstäblich allen Aspekten – einschließlich rasant schwindender, vermeintlich wetterfester strategischer Reservefonds) energisch an die machtpolitischen Grenzen des Landes und seine im Grunde schwache Konstitution erinnert. Und das war auch gut so – in Anbetracht der zunehmend auftrumpfenden Gesten und Handlungen wie z.B. dem Cyber-Krieg gegen Estland, dem Öl-Boykott gegen Litauen, dem hinhaltend und zielbewusst geschürten Konflikt mit Georgien. Der Inhalt dieser Politik war generell Drohpolitik.

Pressionen und Provokationen in immer dichter Folge! Die Kreml-Desinformationspolitik ist hierzu eindeutig belegt: der Cyber-War gegen Estland (das waren umfassende Internet-Attacken – der erste Krieg dieser Art in der Geschichte der Menschheit) war direkt und maßgeblich aus dem Kreml gesteuert. Der russische Einmarsch in Georgien war auf den Vortag der georgischen Aktionen gelegt – mit anderen Worten, der Kreml wollte diesen Krieg! Belegt ist dies durch eindeutige Abhörprotokolle aus dem Funkverkehr der eindringenden russischen Truppen.

**Ostsee-Pipeline-Projekt: STORNO – auch schrittweise – ist die gebotene Richtschnur RATIONALEN Handelns**

Ob die aggressive „Kurzstrecken-Raketen-Rhetorik“ des Kreml – nach Stil und Inhalt – weitergeht, bleibt freilich offen. Zumindest

latent wird sie bleiben! Aber die reale Chance besteht, dass ein hinlänglich gemäßigtes Verhalten dominieren könnte, solange die Probleme Russlands anhalten. Die EU wird zeigen müssen, dass es ein entsprechendes Verhalten vom Kreml erwartet. Das aufgenötigte Ostsee-Pipeline-Projekt könnte als landgeführtes Projekt zum Signal einer kooperativen Beziehung zwischen Kreml und EU-Seite werden. Das Projekt zu überprüfen, ist eine Chance! Das Kanzleramt ist gefordert, nicht nur der Kreml. Beide haben es in der Hand, den Charakter des Projekts zu einem gemeinsamen russisch-europäischen Erfolg zu entwickeln. Zwar gibt es bei einer landgeführten Trasse nicht soviel Stahl zu verbauen, was einen Investoren mit Tonnen-Ideologie – wie Heinrich Weiss – gewiss schmerzen wird, aber das macht das Projekt ja nur wirtschaftlicher und lukrativer – spätestens in Zeiten der globalen Finanzkrise, die Russland schon dramatisch eingeholt hat, sicher kein geringes Argument!

Das Ende – die Aufgabe – des Ostsee-Pipeline-Projekts sollte nicht nur abgewartet werden. Es darf auch deutlich werden, dass dieses Projekt einen bewusst spaltenden Charakter für Europa hatte. Der Storno des Projekts könnte einen quälenden, hinhaltenden Prozess abkürzen. Deutsche Stellen scheinen keine Auffassung vertreten zu wollen oder zu haben. Vielleicht wäre der russischen Seite jedoch geholfen, wenn man ihr die Entscheidung koordinativ erleichtert. „[E]s gibt Prognosen – russische und ausländische –, dass Russland im nächsten Jahrzehnt nicht in der Lage sein wird, die versprochenen Mengen an Gas zu liefern. Russland hat nicht genug in neue Gasfelder investiert“, so der litauische Physiker und zukünftige Regierungschef seines Landes Andrius Kubilius. Er setzt fort: „Wenn Putin sagt, man könne sich zurückziehen, ist Russland offenbar selbst in einer Krise und kommt zu einer realistischeren Sichtweise.“ (vgl. Interview in: DIE WELT, 24.11.08, S.4)

Der Ausstieg wäre eine Partnerschafts- und Entspannungsgeste und ein Einstieg in einen konstruktiveren Umgang mit den bestehenden Problemen. Wie kann es sein, dass man dazu nicht beitragen möchte? Die Akte Ostsee-Pipeline könnte ohne Schaden und mit viel Gewinn geschlossen werden. Warum vollzieht man es nicht? Oder wie lange wartet man noch? Es scheint, deutsche Unklarheiten sind konstitutiv!

-----  
Zur Erläuterung dieser Schlusssatzung möchte ich in Stichworten einige Anfügungen machen, die als lose gedankliche Anreihung verstanden werden sollten, dem Leser also einen entsprechend zwanglosen Nachvollzug ermöglichen:

- > Keine beherzte transatlantische Orientierung
- > Konturlose Anbieterung längs der Ost-Achse an ein vermeintlich starkes Großreich Russland, das sich jedoch nur selbst im Wege steht – mit aggressiver Grundhaltung – auf Basis verfehlter, illusionärer Ansprüche
- > Schwächliche Gegenwehr gegen Pressionen von dort her – mit dem Effekt, dass die verfehlten Anspruchshaltungen des Kreml überhaupt erst relevant werden können
- > Selbstzufriedenheit der deutschen Seite mit dem Ergebnis dieser irrationalen Haltung
- > Zurückhaltende und zurück gehaltene Stellungnahmen, wenn offene politische Beurteilung der Kreml-Politik gefragt ist
- > Zuwarten auf die Probleme, die sich aus dieser Haltung ergeben
- > Zudeckende Formeln wie „Strategische Partnerschaft“ – es ist offenkundig, dass angesichts der Anlage der Kreml-Politik unter W. Putin mindestens ebenso sehr eine strategische Gegnerschaft besteht
- > Deren drohpolitischer Charakter wird wiederum mit Schweigen übergangen
- > Also: Wunschdenken – verklärende, unehrliche Politik-Formeln – mit der Folge der Gefahr mangelnder Analyse bzw. mangelnder Klarheit der Analyse

Fritz W. Peter, d. 26.11.08